

Vereine müssen improvisieren

FLÜCHTLINGE Sportler und Schulen klagen, sie seien nicht über Belegung ihrer Turnhalle informiert worden

VON UWE SCHÄFER

Buchheim. Seit einer Woche dient die Sporthalle in der Beuthener Straße als Notunterkunft für Flüchtlinge. Die Stadtverwaltung will hier 200 Menschen unterbringen. Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs und der Vorsitzende des Stadtbezirks-Sportverbands Mülheim, Manfred Steßgen, besuchten die Einrichtung, um sich ein Bild zu machen. Gleichzeitig kritisierten sie die Stadtverwaltung für ihre Vorgehensweise.

Die Turnhalle verfügt über drei Felder, die abgeteilt sind. Je 100 Flüchtlinge – es handelt sich um Familien vom Balkan, aus Syrien, Afghanistan und weiteren Ländern – sind auf zweien der Felder untergebracht. Ein drittes dient als Aufenthaltsraum mit Spinden für persönliche Sachen. Da die Toilettenanlagen nicht ausreichen, sind vor der Halle mobile Toiletten aufgestellt. Die Unterkunft wird vom Roten Kreuz betreut und von einem Sicherheitsdienst Tag und Nacht bewacht.

„Die Halle wurde belegt, ohne vorher das Bürgeramt Mülheim oder die Sportvereine zu informieren“, empört sich Fuchs. Für das benachbarte Erich-Gutenberg-Berufskolleg und das Herdergymnasium bedeute die Belegung, dass kein Schulsport möglich sei. Beide Bildungseinrichtungen teilen sich die Halle. Auch der Vereinssport ist betroffen. „Das Bürgeramt organisiert die Hallenzeiten für Vereine und sonstige Nutzer. Diese Planung wird nun völlig über den Haufen geworfen“, sagt Fuchs. Manfred Steßgen hätte sich auch eine frühere Information ge-



Norbert Fuchs und der Vorsitzende des Stadtbezirks-Sportverbands Mülheim, Manfred Steßgen Foto: aef



wünscht: „In der Halle findet auch Ligabetrieb statt, den die betroffenen Vereine nun sehr schwer aufrecht erhalten können.“

Die Belegung in der Beuthener Straße trifft unter anderem der

Informationsveranstaltung für die Bürger

Am Donnerstag, 13. August, lädt die Stadt interessierte Einwohner Buchheims zu einer Informationsveranstaltung über die Notunterkunft in die Aula des Erich-Gutenberg-Berufskollegs ein. Einlass ist ab 18.30 Uhr. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Auf die Forderung, die Stadtbezirke stärker einzubinden, hat die

Stadtverwaltung ebenfalls schnell reagiert. Stadtkämmerin Gabriele Klug – sie vertritt die für den Wahlkampf derzeit freigestellte Sozialdezernentin Henriette Reker – lud alle Bezirksbürgermeister und Bürgeramtsleiter bereits für diese Woche zu einem Gespräch über die Flüchtlingssituation ein. (aef)

MTV Köln. „Bei uns fallen pro Woche 60 Belegungsstunden weg, die rund 200 unserer Mitglieder betreffen“, sagt MTV-Geschäftsführer Holger Dahlke. Bei den Volleyballern sei der Ligabetrieb ge-

fährdet. Es sei schwer, Ersatz zu finden. Ohne Angebote wahrnehmen zu können, würden Mitglieder kaum ihre Beiträge zahlen. Der Verein bekäme ein existenzielles Problem.

Steßgen und Fuchs fordern die Stadtverwaltung auf, künftig die Aktiven im Stadtbezirk früher einzubeziehen. Fuchs: „Wir kennen unseren Bezirk schließlich besser als die Zentrale.“ Und warum habe die Stadtverwaltung nicht geprüft, ob ein nur 500 Meter entfernt leer stehender Baumarkt an der Frankfurter Straße eine Alternative gewesen wäre? Den hätte man auch derart umbauen können, dass nicht 100 Leute sich einen riesigen Raum teilen müssen, in dem Feldbetten aufgebaut sind. Fuchs: „Eine solche Unterbringung ist doch nicht menschenwürdig.“

„Wir haben wegen der hohen Zahl an Zuweisungen keinen anderen Weg gesehen, als diese Turnhalle zu belegen“, entschuldigt sich Josef Ludwig, Leiter des zuständigen Amtes für Wohnungswesen. Er habe leer stehende Baumärkte und andere Immobilien prüfen lassen. Doch oft scheitere eine Belegung an nicht erfüllbaren Brandschutzauflagen oder weil die Eigentümer nicht zu einer Zusammenarbeit bereit seien. Bezüglich des benachbarten Baumarkts wolle er sich kundig machen. Doch: Allein im Juli habe das Land 528 Flüchtlinge nach Köln geschickt. „In unserer Jahresplanung für 2015 sind wir aber nur von 300 Zuweisungen pro Monat ausgegangen.“ Sein Amt sei ständig damit beschäftigt, nach leer stehenden Gebäuden zu suchen. Das werde aber immer schwieriger. Außerdem lasse das Amt Fertigteilhäuser errichten und stelle Wohncontainer auf. Ludwig verspricht, die Verantwortlichen im Stadtbezirk künftig in die Suche nach Unterkünften einzubeziehen.